



CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Vorsitzende des Arbeitskreises VI

Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Marlene Mortler MdB

Büro: Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 3.339

Telefon: 030 / 227 723 37

Telefax: 030 / 227 766 37

E-Mail: marlene.mortler@bundestag.de

14.02.2019

Pressemitteilung

Opposition sollte Wissenslücken über Pflanzenschutz endlich schließen

Anlässlich einer aktuellen Debatte im Deutschen Bundestag zur Nationale Strategie für den Umgang mit dem Herbizid-Wirkstoff Glyphosat erklärt die agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag, Marlene Mortler, MdB:

„Über kaum ein Pflanzenschutzmittel wurde in den letzten Monaten und Jahren so oft debattiert wie über den Wirkstoff Glyphosat. Umso verwunderlicher ist das gefährliche Halbwissen, das immer noch bei der Opposition und bei selbsternannten Umweltaktivisten vorherrscht und schamlos in die Öffentlichkeit getragen wird.

Die Grünen und die Linke führen einen einseitigen Feldzug gegen moderne Verfahren des Pflanzenschutzes und beschränken ihren Blick auf den konventionellen Landbau. Fakt ist aber, dass auch im Ökolandbau unter anderem Insektizide verwendet werden dürfen, die alles andere als schonend für die Natur sind. Ein Beispiel sind Pyrethroide. Sie werden aus Pflanzen gewonnen und sollen die Schäden an Kulturpflanzen durch saugende und beißende Insekten und Spinnmilben reduzieren. Pyrethroide wirken allerdings gegen fast alle Insekten und sind auch giftig für Bienen.

Die Doppelmoral von Linken und Grünen macht keinen Sinn und schadet nur den bäuerlichen Betrieben – egal ob öko oder konventionell. Alle unsere Landwirte nehmen ihre Verantwortung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sehr ernst und setzen sie mit Fachwissen, Bedacht und Blick auf die Artenvielfalt ein. Dabei sollten wir sie unterstützen, indem wir Wissenschaft und Forschung in diesem Bereich weiter vorantreiben. Wenig hilfreich ist es hingegen, die wissenschaftsbasierten Stellungnahmen staatlicher Behörden wie des Bundesamtes für Risikobewertung als „fake news“ abzukanzeln, wie es die Opposition zu tun pflegt.